



Pressemitteilung

24. April 2018

Volksinitiative zustande gekommen – Bürgerschaft ist am Zug

Der Hamburger Senat hat heute das Zustandekommen der Volksinitiative „Hamburger Volksentscheid gegen Pflegenotstand in Krankenhäusern“ festgestellt. Die Prüfung der am 29. März 2018 vom „Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus“ abgegebenen Unterschriftenlisten hat ergeben, dass die erforderliche Mindestanzahl von 10.000 gültigen Unterschriften erreicht wurde. Damit ist die Volksinitiative zustande gekommen.

Das Bündnis fordert ein Gesetz zur bedarfsgerechten Personalbemessung. Die Bürgerschaft muss nun bis zum 27. September entscheiden, ob sie die Initiative ablehnt oder sich ihr anschließt und die Gesetzesvorlage umsetzt.

„Wir Pflegekräfte stehen vor dem Zusammenbruch und die Patientinnen und Patienten leiden. Die Politik muss sich jetzt ernsthaft und inhaltlich mit uns auseinandersetzen, anstatt uns mit Klagen zu bedrohen und Kostenvorbehalte vorzuschieben“, sagt **Kirsten Rautenstrauch**, Krankenpflegerin und Sprecherin des Bündnisses.

Sprecher **Christoph Kranich** lässt keinen Zweifel an der Dringlichkeit: „Wir fordern die Hamburger Bürgerschaft auf, der Volksinitiative jetzt beizutreten und die Gesetzesvorlage sofort umzusetzen. Patienten sind gefährdet, leiden und sterben sogar an den Folgen der Unterversorgung in den Bereichen Pflege und Hygiene.“

Und **Axel Hopfmann** (Sprecher) fügt hinzu: „Die Hamburgerinnen und Hamburger glauben nicht an eine gute und schnelle Bundeslösung unter Jens Spahn – das ist beim Unterschriften sammeln überall in Hamburg ganz deutlich geworden. Wenn die SPD den Pflegenotstand bundesweit beenden will, kann sie jetzt in Hamburg zeigen, wie man das macht, und damit mächtigen Druck auf Jens Spahn und die CDU ausüben. Wir glauben, dass die Menschen sich genau das von der SPD erhoffen.“

Für Nachfragen: Christoph Kranich, 0175 2448960; Axel Hopfmann, 0151 75039283